



Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt

An den Grossen Rat

07.0972.01

BD/P070972
Basel, 27. Juni 2007

Regierungsratsbeschluss
vom 26. Juni 2007

Ratschlag

betreffend

**Änderung des Gesetzes betreffend die Baurekurskommission
(BRKG, SG 790.100)**

1. Begehren

Mit diesem Ratschlag beantragen wir Ihnen, § 5 Abs. 4 des Gesetzes betreffend die Baurekurskommission vom 7. Juni 2000 zu ändern.

2. Grund für die Gesetzesänderung

Die Auslagerung der Baurekurskommission (BRK) aus der Verwaltung und der damit zusammenhängende Erlass des Gesetzes betreffend die Baurekurskommission vom 7. Juni 2000 (BRKG; SG 790.100) liegen mittlerweile sieben Jahre zurück. In dieser Zeit hat sich das BRKG bewährt. Die vorgeschlagene Änderung schliesst an eine Teilrevision des Gesetzes über die Verwaltungsrechtspflege vom 20. Januar 2005.

3. Aktualisierung des Verweises in § 5 Abs. 4 BRKG

§ 5 Abs. 4 BRKG sieht vor, dass sich das Verfahren vor der BRK sinngemäss nach dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege (VRPG) vom 14. Juni 1928 richtet. Dieser generelle Verweis auf das VRPG hat es erlaubt, das BRKG auf wenige Paragraphen zu beschränken.

Während § 30 VRPG den Gebührenrahmen früher selbst definierte, wurde mit Grossratsbeschluss vom 20. Januar 2005 entschieden, den entsprechenden Abs. 1 dieser Bestimmung zu streichen. Vorgängig hatte der Regierungsrat mit Beschluss vom 1. Juni 2004 unter Vorbehalt der späteren Genehmigung der Gesetzesänderung durch den Grossen Rat die mit der Gesetzesänderung einhergehende Änderung der Verordnung über die Gerichtsgebühren genehmigt.

Die Höhe der Gebühren für Entscheide gemäss Verwaltungsrechtspflegegesetz wird somit heute nicht mehr im VRPG, sondern in der Verordnung über die Gerichtsgebühren festgelegt. Einen ausdrücklichen Verweis auf die Verordnung über die Gerichtsgebühren enthält § 30 VRPG nicht.

Gemäss § 30 VRPG i. V. m. § 5 Abs. 4 BRKG sind die Kosten der Verfahren vor der BRK im Falle des Unterliegens in der Regel dem Rekurrenten oder einem Beigeladenen aufzuerlegen. Ein Gebührenrahmen wird aber nicht genannt, und es wird auch nicht ausdrücklich auf einen Paragraphen verwiesen, in dem ein Gebührenrahmen enthalten wäre.

Auch nach der Teilrevision des VRPG vom 20. Januar 2005 hat die BRK ihre Gebühren weiterhin auf die für das Verwaltungsgericht massgebende Regelung gestützt. Ein ausdrücklicher und direkter Verweis auf die anzuwendenden Gebühren ist aber wünschenswert. Eine Ergänzung des Verweises von § 5 Abs. 4 BRKG dahingehend, dass auf das Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege *und* auf das Gesetz über die Gerichtsgebühren verwiesen wird, dient insbesondere auch dem besseren Verständnis. Am bereits heute massgebenden Gebührenrahmen ändert sich nichts.

4. **Antrag**

Der Gesetzestext wurde durch das Justizdepartement und das Finanzdepartement geprüft.

Gestützt auf unsere Ausführungen beantragen wir dem Grossen Rat die Annahme des nachstehenden Beschlussentwurfes.

Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt



Dr. Eva Herzog
Präsidentin



Dr. Robert Heuss
Staatsschreiber

Beilagen:

- Entwurf Grossratsbeschluss
- Synopse

Grossratsbeschluss

Gesetz betreffend die Baurekurskommission (BRKG)

Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt, auf Antrag des Regierungsrates, beschliesst:

I.

Das Gesetz betreffend die Baurekurskommission vom 7. Juni 2000 wird wie folgt geändert:

§ 5 Abs. 4 erhält folgende neue Fassung:

Das Verfahren richtet sich im übrigen sinngemäss nach dem Gesetz über die Verwaltungspflege und nach dem Gesetz über die Gerichtsgebühren.

II.

Diese Änderung ist zu publizieren; sie unterliegt dem Referendum und wird nach Eintritt der Rechtskraft sofort wirksam.